

## Defizite in Wirtschaft, Sozialem, Gesundheit – hoffen auf ein Reformwunder

Die aktuelle politische Lage in Ungarn

**In der kommenden Woche wird das parlamentarische Leben in Budapest wieder in Gang kommen. Nach der politischen Sommerpause, die in Ungarn alljährlich bis Anfang September dauert, wird Ministerpräsident Gyurcsány im Parlament eine Regierungserklärung abgeben, die er mit Gewissheit in ihrem Schwerpunkt nicht der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Lage widmen wird.**

Dafür wird er sich eher schmückenden Themen widmen wie der ungarischen Rolle auf dem europäischen Parkett, wo er der deutschen Ratspräsidentschaft hilfreich zu Seite stand, den Aufrührern aus Polen oder auch Tschechien erst öffentlich in die Parade fuhr und dann zu vermitteln suchte. Und dafür änderte die deutsche Bundeskanzlerin auch ihr Jahresprogramm der Auslandsvisiten und kam für knapp sechs Stunden nach Budapest; ein Besuch, den Gyurcsány durchaus für sich zu nutzen verstand. Wenngleich seine Erwartungen nicht erfüllt wurden, dass sich die Kanzlerin eigentlich nur ihm selbst widmen sollte; einschließlich eines (nicht stattgefundenen) Besuches in seinem Privathaus.

Die Aufgabenfelder Wirtschaft, Soziales, Gesundheit oder Reformen überhaupt sind hingegen in Ungarn unverändert in hohem Maße defizitär. Beim gegenwärtigen Stand ist damit für die Regierung und den Ministerpräsidenten nichts zu gewinnen. Trotz des in die Wege geleiteten

Reformprozesses, nicht zuletzt durch Vorgaben der Brüsseler Kommission gestartet, ist kein Licht am Ende des Tunnels erkennbar. Ungarn befindet sich wirtschaftlich und mit Blick auf seinen Haushalt am Ende der Kolonne, wo am Abend des EU-Beitritts 2004 wohl kaum einer das Land erwartet hatte. Für Gyurcsány und seine Koalitionsregierung bedeutet dies, dennoch auf das Wunder zu hoffen, dass die Reformen greifen und dabei die Bürger nicht zuvor noch weiter so sehr in Bedrängnis geraten, dass sie mit Gewissheit auch in diesem Herbst in Massen auf die Straße gehen. Nicht von politischen Drahtziehern verführt, die die Regierung und sie unterstützende Medien gerne beim Oppositionsführer Viktor Orbán ansiedeln, sondern vor allem durch schiere wirtschaftliche Bedrängnis ausweglos in ihrer Sorge um das Dasein.

Schon am 6. September bat der Oppositionsführer das Diplomatische Corps zu sich in das Abgeordnetenhaus. Wichtig war ihm offenbar, die bislang nur als halbherzig verstandene Distanzierung des Fidesz von der Rekrutierung der „Ungarischen Garde“ vor den Vertretern des Diplomatischen Corps präzise und unmissverständlich deutlich zu machen. Die Botschaft kam an.

Das zweite Anliegen Orbáns und des ebenfalls anwesenden Fraktionschefs des Fidesz, Navracsics: Klarstellen, dass sich die Abgeordneten der Fraktion auch künftig

10. September 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

keine Reden des Ministerpräsidenten im Parlament anhören würden. Eine Übung, die Fidesz im Zusammenhang mit der berüchtigten „Lügenrede“ Gyurcsánys vom vergangenen Mai im Parlament eingeführt hatte: Aufstehen und den Saal verlassen, sobald der Ministerpräsident an das Rednerpult tritt. Dies werde also beibehalten. Allerdings bedeute das keinesfalls, dass sich die Fraktion nicht angemessen am parlamentarischen Geschehen beteilige. Orbán: „Das Parlament ist der entscheidende Ort der politischen Auseinandersetzung und des politischen Geschehens!“ Weit mehr als 100 Anträge im Parlament, mit denen sich der Fidesz offensiv einbringe, belegten dies. Ebenfalls viele Redebeiträge, mit denen die Fraktion die misslungene Reformpolitik der Regierung angeprangert und eine Fülle eigener Vorschläge eingebracht habe, die freilich in dem von der MSZP/SZDSZ-Koalition deutlich dominierten Parlament keinerlei Chance hätten. So schwach diese Regierung sei, fügte Orbán hinzu, so stark klammere sie sich an die Macht und halte die Reihen geschlossen.

Das im Herbst anstehende Referendum, vom Fidesz betrieben, war ein weiteres Thema, das Orbán nochmals zu verdeutlichen wünschte. Wesentliches Ziel des Referendums sei es, die politische Diskussion in der Bürgerschaft über für die Zukunft eminent wichtiger Themen nachzuholen. Das sei bislang in der Öffentlichkeit und in der ungarischen Gesellschaft nicht oder nur ungenügend geschehen. Es gelte zu sehen, dass diese Regierung zwar im Parlament die für ihre Beschlüsse notwendige Mehrheit habe, diese Mehrheit in Wirklichkeit jedoch nicht mehr vorhanden sei. Orbán spielte dabei auf Umfragen an, die den Fidesz derzeit bei annähernd 60 Prozent sehen. Die Regierungskoalition bringe je nach Umfrage maximal um die dreißig Prozent auf die Waage.

Freilich weiß auch Orbán, dass der nächste Wahltermin erst 2010 ansteht; im Jahr davor, 2009, finden immerhin die Europawahlen statt. Bis dahin, hofft Gyurcsány indessen, könnten die auf den

Weg gebrachten Reformen vielleicht greifen oder könnte sonst ein Wunder geschehen. Orbán muss allein schon die lange Zeitdauer bis zu den Wahlen besorgt machen.

Orbán hat seinen Standpunkt klar gemacht. Am Wochenende kommt die „Fidesz-Familie“ gewissermaßen zur Einstimmung – wie alljährlich – nochmals am Balaton zusammen. Es ist ein Ort mit Tradition. In Zeiten konservativer Regierungen lud zunächst der erste ungarische Premierminister nach der Wende, József Antall, MDF, im Spätsommer dorthin ein; danach war es Viktor Orbán, sein Nachfolger als Ministerpräsident, der diese Tradition auch als Oppositionsführer beibehalten hat und seine Getreuen, politischen Freunde und Mitstreiter dort versammelt. Es wird in den kommenden Wochen hart zur Sache gehen. Themen, die dazu herausfordern, gibt es zur Genüge.

#### **Aktuelles Reizthema: „Ungarische Garde“**

Am Samstag, dem 25.08.07, nahmen rund 3000 Personen auf der Budaer Burg in der Nähe des Präsidentensitzes an einer Vereidigungszeremonie von 56, in militärische Uniformen gekleidete „Gardisten“ teil, die für eine anhaltende Kontroverse in Politik und Gesellschaft sorgt. Erklärtes Ziel dieser „paramilitärischen“ Gruppierung und ihres Gründers Gábor Vona ist in erster Linie eine „endgültige Lösung vom ehemals kommunistischen System“ sowie der angebliche Bedarf an zusätzlichen Kräften für die Verteidigung des derzeit „physisch und psychisch schutzlosen Ungarn“. Dabei wurde die gegebenenfalls notwendige Anwendung von Gewalt zur Selbstverteidigung betont.

Die Garde steht in enger Verbindung mit der Partei „Bewegung für ein besseres Ungarn“ („Jobbik Magyarorszáért Mozgalom“, kurz Jobbik), die bei der letzten Parlamentswahl zusammen mit MIÉP mit 2,2 % an der 5 % Hürde scheiterte. Deren Gründer und Tonangeber sind überwiegend junge Akademiker und (so die Eigenbeschreibung) „junge Intellektuelle“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO UNGARN

HANS KAISER

10. September 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Prominente Teilnehmer der Veranstaltung waren u.a. der ehemalige Verteidigungsminister der ersten, frei gewählten Antall-Regierung, Lajos Für, der in seiner Rede den derzeitigen, katastrophalen Zustand der militärischen Streitkräfte Ungarns beklagte. Dazu kamen einige weitere Vertreter aus Politik, Medien und Gesellschaft sowie evangelische und katholische Kirchenvertreter.

Politische Reaktionen seitens des sozialistisch-liberalen Regierungslagers zeigten sich u.a. in einer Verurteilung der Garde durch Ministerpräsident Gyurcsány (Zitat: „die Garde ist „eine Schande für Ungarn“), der den Generalstaatsanwalt anwies, diese Garde im Hinblick auf verfassungsfeindliches Verhalten zu beobachten. Das oppositionelle MDF kritisierte ebenfalls ihr ehemaliges Parteimitglied scharf. Der oppositionelle Bund freier Demokraten (Fidesz) distanzierte sich auch, hielt sich aber mit Kritik vergleichsweise zurück. Viktor Orbán hat diesen Eindruck inzwischen deutlich zurecht gerückt.

Der Jüdische Weltkongress (WJC) und der Europäische Jüdische Kongress (EJC) stuften neben Vertretern der SZDSZ und einigen ungarischen und deutschen Medien die „Garde“ sogar als „rechtsradikal“ und „antisemitisch“ ein. Dies wies Jobbik-Chef Gábor Vona als „Verleumdung“ zurück und beklagte die in der Öffentlichkeit falsch verstandenen Gründungsabsichten der Garde.

Die Gründung einer „paramilitärisch“ anmutenden Garde stellt in Ungarn freilich keine Neuigkeit dar. Derlei Corps wurde in der Vergangenheit schon öfters initiiert, wobei die jeweiligen Gründer von beiden Seiten des politischen Spektrums kamen und sie oft eine verhältnismäßig ähnliche Bereitschaft zur Gewaltanwendung offenbarten. Diese Entwicklungen sind dabei auch Ausdruck des in seiner Heftigkeit zunehmenden politischen und mittlerweile gesellschaftlichen Konfliktes des rechten und linken Lagers. Hier werden Auswirkungen der Situation deutlich, die Viktor Orbán gestern bei seinem Auftritt vor

dem Diplomatischen Corps so umriss: Beide, Regierung und Opposition, bekommen von den Bürgern Schelte ab. Die Regierung ist zwar schwach und ohne Erfolg bei der Arbeit. Das ärgert die Bürger. Aber wir, die Opposition können durch die Mehrheitsverhältnisse keine eigenen Entscheidungen treffen bzw. die Dinge nicht ändern. Das ärgert die Bürger auch. So fragen sie sich irgendwann: Wozu brauchen wir die Politik?

Im Fall der für den Jobbik „werb wirksamen“ Ungarischen Garde handelt es sich um eine zur „Selbstverteidigung“ bereite Gruppierung, die bewusst mit militärisch anmutenden Uniformen auftrat, Armbinden der Arpad-Fahne trug (die schon von den Pfeilkreuzlern symbolschädigend missbraucht wurde). Sie fielen teilweise durch nationalistisch gefärbte Äußerungen auf. Eine entsprechend widersprüchliche Diskrepanz besteht demnach zwischen diesem betont militärischem Äußeren der Gardisten und ihren öffentlich vorgegebenen Zielen, die eher friedlicher Natur sind („Unterstützung von karitativen und sozialen Missionen“ oder „Pflege der ungarischen Kultur und der historischen Erinnerungen“) In bemerkenswertem Gegensatz dazu Äußerungen aus den Reihen der Garde, dass man selbstverständlich das Recht zur Selbstjustiz habe.

Auffallend ist auch, dass es im Hinblick auf den Grad der Politisierung und Medienpräsenz eine verhältnismäßige Asymmetrie gibt. Eher rechtsgerichtete Gruppierungen werden häufig, scheinbar reflexartig, eher als undemokratisch und gefährlich eingestuft, als ihre ebenfalls oft gewaltbereiten, linksgerichteten Pendanten.

Es wurde in den Medien gemutmaßt, insbesondere für den Fidesz könnte die Garde ein größeres Problem darstellen. Distanziert er sich so deutlich, wie die anderen drei im Parlament vertretenen Parteien von der Aktion, verliert er Wählerstimmen am rechten Rand. Unterlässt er es jedoch, läuft er demgegenüber Gefahr, seine gemäßigten

10. September 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wähler zu enttäuschen. Das Dilemma, in dem die Partei für viele Beobachter zu stehen schien, hat Orbán am gestrigen Donnerstag gelöst.

Für die linken Parteien Ungarns hingegen war die Aktion „Garde“ zunächst eine willkommene Steilvorlage. Auch für Teile der internationalen Presse, die dieses Thema, noch die Bilder des vergangenen Jahres im Gedächtnis, sehr umfangreich und letztlich auch überbewertend aufgegriffen haben.

Dabei lässt sich die Ursache für derart fragwürdige Veranstaltungen im Rahmen der aktuellen, besorgniserregenden, politischen Tendenzen nicht ausschließlich mit unbedachten, rein rechtsradikalen Motiven erklären. Vielmehr reift derzeit eine junge, politische und zu großen Teilen akademisch gebildete Generation heran, die angesichts einer stetig sinkenden Gesamtwohlfahrt Zweifel hat, wer hier eine Lösung der Probleme anbieten kann. Den Reformvorhaben trauen sie nicht. In den politischen Grabenkämpfen sehen sie keinen Sinn. Sie sind zunehmend frustriert, ungeduldig und von den bisherigen Demokratie-Erfahrungen enttäuscht. Hier besteht in der Tat die Gefahr, dass diese Generation auf wirkliche Probleme und die schlimme Situation im Land falsche Antworten auf berechnete Fragen und wirklich vorhandene Probleme sucht oder gibt.

#### **Stand der Reformvorhaben und Reformdefizite**

Nach dem neuesten OECD-Bericht machte die sozialistisch-liberale Regierung Fortschritte u.a. im Bereich des Gesundheitswesens (z.B. mit der Grundgebühr für Arztbesuche), der Verkleinerung des Regierungsapparates (beabsichtigter Abbau von 300.000 Stellen) sowie im Bildungswesen. Demgegenüber mahnt sie, neben der EU-Kommission und dem IWF, insbesondere ausstehende Projekte im Hinblick auf eine langfristige ausgelegte, strukturelle Reform der

öffentlichen Finanzen an. Auch die kostspieligen Ausgaben der jüngsten Lohnerhöhungen für Politiker wurden kritisiert.

Geplante Reformmaßnahmen der ungarischen Regierung liegen u.a. in einer Umgestaltung des Sozialsystems, einer schrittweisen Senkung des Staatsdefizits von rund 10 % des BIP (2006) auf 7 % (2008), um im Jahre 2009 auf das Niveau von 3,2 % zu gelangen.

Die Ursachen der Verzögerung liegen in mehreren Bereichen: Zum einen zieht die Regierungskoalition aus Premier Gyurcsánys MSZP und der unter dem Wirtschaftsminister János Kóka geführten SZDSZ häufig genug nicht an einem Strang. Aktuell lässt sich das am Streit um die Kündigung langfristiger Stromverträge (die Teil der Haushaltssanierung ist) sowie den Debatten um die Steuerreform (v.a. die geplante Immobiliensteuer ab 2008) ablesen. Auch parteiintern gibt es zunehmenden Widerstand, der beispielsweise durch den Rücktritt des stellvertretenden Vorsitzenden der MSZP-Arbeitnehmerfraktion (aus Protest gegen die Sparpakete) vor rund zwei Wochen offenkundig wurde.

Zum anderen hat das derzeitige, den Reformvorhaben entgegenstehende gesellschaftliche Klima mit Blick auf eine zu erwartende, übermäßige Belastung der Arbeitnehmer sowie der durchschnittlichen Löhne, die derzeit bei 27 % des EU-Durchschnitts liegen, einen eher bremsenden Effekt. Über 2/3 der Wahlberechtigten sind mit der derzeitigen Regierungsarbeit unzufrieden, was den oppositionellen Fidesz zusätzlich motiviert, weitere Reformvorhaben abzulehnen. Zumal Orbán den Reformen der Regierung jegliche Erfolgsaussicht schon deswegen abspricht, weil sie von den Bürgern - mangels Vertrauen – nicht akzeptiert würden.

#### **Aktuelle Wirtschaftsdaten und -entwicklungen**

Mit Blick auf die entsprechenden Wirtschaftsdaten liegt Ungarn im Bezug auf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO UNGARN

HANS KAISER

10. September 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sein prognostiziertes Wirtschaftswachstum von 2-3 % zwischen 2007 und 2008 unter seinem geschätzten Vorjahreswert von rund 4 % und ist Schlusslicht bei den neuen EU-Mitgliedern. Diese glänzen derzeit mit Wachstumsraten von 5 bis 10 %. 73 % der ungarischen Exporte gehen in die EU, wobei mit 31 % Deutschland wichtigstes Zielland ungarischer Exporte ist. Weniger positiv entwickelte sich die Inflation, die 2006 bei 3,9 % lag (nach 3,0 % im Jahre 2005). Die Arbeitslosenquote lag Ende 2006 bei 7,5%, was relativ niedrig erscheint. Allerdings: Die Beschäftigungsquote bleibt im EU-Vergleich sehr niedrig und pendelte sich 2006 bei etwa 55 % ein. Der Nordosten des Landes bleibt weiter soziales Problemkind des Landes mit lokalen Arbeitslosenraten von bis zu 20%. Trotz in jüngster Zeit moderater Reallohnsteigerungen nimmt der Lohnkostenvorteil Ungarns auf Grund des starken regionalen Standortwettbewerbs tendenziell ab.

Die Defizite in der Leistungsbilanz und im Staatshaushalt müssen der Regierung die Sorgenfalten auf die Stirn treiben. Die Lage des Budgets hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Nach Angaben des Ungarischen Finanzministeriums hat es im Jahr 2006 9,9 % erreicht. Damit ist das ungarische Haushaltsdefizit das höchste in der gesamten Europäischen Union.

Anlass zur Hoffnung schöpfen viele Ungarn aus den Zuwendungen der EU. Die zu erwartenden Beträge sind in der Tat erheblich: Bis 2013 sollen es 23 Mrd. Euro sein, die in Budapest eintreffen. Die ersten 557 Mrd. Ft., das sind ca. 2 Mrd. Euro an EU-Projektgeldern, wurden jetzt zugeteilt. Sie fließen landesweit in 271 Pläne, die strengen Vorgaben und Kontrollen der EU unterzogen werden sollen. Dies wird auch nötig sein. Denn eines der ganz großen Probleme des Landes stellt die überbordende Korruption dar. Ein stetig zunehmendes Dilemma, das Viktor Orbán bei seinem gestrigen Auftritt vor den internationalen Beobachtern ebenfalls für Wert hielt, bei den gezielt wenigen Themen, die er ansprechen wollte, zu benennen. Der Abbau der üppigen, Staat und Wirtschaft

hemmenden Bürokratie wie auch die kompromisslose Bekämpfung der Korruption in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft seien wesentliche Voraussetzungen, dass Ungarn wirtschaftlich und sozial gesunden könne. Dies freilich mit einer von ihm geführten Regierung, die schon einmal gezeigt habe, dass sie schweren Aufgaben gewachsen sei.